

Newsletter Nr. 2

"Attention 5G"

Europäische Bürgerinitiative

29.09.2019



Rückblick auf die öffentlichen 5G-Veranstaltungen in Berlin
Ausblick auf kommende Herausforderungen

Nach einer Woche können wir heute zurückblicken auf einen engagierten, friedlichen und erfolgreichen Verlauf des Aktionswochenendes zum Thema 5G, zeitlich vor der Anhörung der Bundestagspetition (ID 88260) am 23.09.2019. Die viertägige Mahnwache in Berlin wurde gestützt von Mahnwachen im ganzen Bundesgebiet. Zur Demonstration kamen 500 Menschen in der durch Mobilfunk stark belasteten Innenstadt von Berlin (Testgebiet für 5G) zusammen, einige sogar mit dem Handicap der Elektrosensibilität. Für die Vielen, die Mobilfunkstrahlen nicht mehr vertragen und deshalb nicht kommen konnten, trugen Demonstrationsteilnehmer*innen Plakate, auf denen deren Name und Wohnort stand.

Herzlichen Dank an alle Mitunterzeichner*innen der Bundestagspetition. Das Erreichen des Quorums haben die vielen, vielen Menschen, teilweise mit großem persönlichen und auch finanziellen Einsatz ermöglicht, um unsere Besorgnisse zum Thema Mobilfunk und dem neuen Standard 5G in den Deutschen Bundestag zu tragen – mit der Forderung **"die Vergabe von 5G-Mobilfunklizenzen auszusetzen und die Einführung des 5G-Mobilfunkstandards zu unterbinden, „solange wissenschaftlich begründete Zweifel über die Unbedenklichkeit dieser Technologie bestehen"** (Moratorium). Dank an alle, die mit uns an einem Strang ziehen.

Tatkraft zeigt Wirkung

Herzlichen Dank auch an Michael Mumm aus Hamburg als Impulsgeber für die Demo, an die Berliner Aktivisten (allen voran Thomas Löb), die durch Anpacken, Besorgen und Verteilen von Flyern, zum Gelingen der 4-tägigen Mahnwachen, der Demonstration/Kundgebung maßgeblich beigetragen haben. Herausstellen möchten wir auch das Engagement ÖDP, die uns dabei unterstützt, unsere Anliegen mit der Europäischen Bürgerinitiative "Attention 5G", auf eine europäische Ebene zu heben. Auf europäischer Ebene, wo Ende

2018 nach einer EntschlieÙung des Europaparlaments mit der sogenannten "Telekommunikationsreform" vom Europäischen Rat (Ministerrat) der schnelle Ausbau von 5G und anderer Netztechnologien beschlossen wurde.

Erwartungen an die öffentliche Anhörung

Aus der Perspektive des politischen Status Quo war gerade nicht zu erwarten, dass sich mit in dem laufenden Petitionsverfahren des Bundestages und erst recht nicht in der öffentlichen Anhörung im Petitionsausschuss etwas ändern könnte. Eher war zu erwarten, dass die Anhörung den bisher eingeschlagenen Weg der Bundesregierung spiegelt. Aber mit dieser Anhörung konnten Fakten und unsere Argumente in die Öffentlichkeit transportiert werden und direkt zu allen Parlamentariern. Direkt nach dem Anhörungstermin suchten mehrere Abgeordnete im Foyer des Sitzungssaals das Gespräch mit uns, wo es zu einem offenen und intensiven Austausch kam. Es kam sozusagen zu einer "Anhörung nach der Anhörung". Dabei stellte sich heraus, dass die Elektrosensibilität auch bei Parlamentariern und deren Familien gesundheitliche Beeinträchtigungen hervorruft und vor allem als solche wahrgenommen wird. Vom Petitionsausschuss erwarten wir auf der Grundlage einer eingereichten ausführlichen, schriftlichen Darstellung der gesamten Mobilfunk-Problematik (mit weiteren Nachweisen) eine abschließende Stellungnahme, mit der das Petitionsverfahren abgeschlossen wird. Das finale Ergebnis wird mit einem der nächsten Newsletter der Europäischen Bürgerinitiative "Attention 5G" veröffentlicht.

Europäische Handlungsfelder

Mit dem Status Quo zur politischen Mobilfunkagenda ist unser aller Engagement weiterhin noch stärker gefordert, so etwa auch auf dem politischen Parkett der Europäischen Union, wenn wir die großen Widerstände überwinden, mit denen wir konfrontiert sind und erfolgreich das ganze digitale Kommunikationssystem auf gesunde Beine stellen wollen. Denn der Europäische Rat und die EU-Kommission, wie auch die Bundesregierung, schließen nach wie vor Gefahren durch Mobilfunk und 5G aus oder ignorieren einfach die Risiken. Die Bundesregierung will nach Aussage von Staatssekretär Pronold im Petitionsausschuss am 23.09.19 die bestehenden "hohen" Standards aufrechterhalten, womit nur die hohen oder in Zukunft noch höhere Grenzwerte gemeint sein können. Die Bundesregierung schenkt bei der Festlegung und Beurteilung von Grenzwerten nach wie vor der ICNIRP ihr ganzes Vertrauen. Das bedeutet mit hoher Wahrscheinlichkeit, dass biologische, biochemische Effekte, Langzeit- und Wechselwirkungen des

Mobilfunks nach wie vor nicht berücksichtigt werden, so auch nicht der aktuelle Forschungsstand.

Wir stehen vor der Herausforderung, den gültigen Rechtsrahmen zu ändern. Diesen Rechtsrahmen haben Bundesregierungen in vorangegangenen Wahlperioden selbst gesetzt. Die Bundesregierung wird, so die Prognose, keinesfalls einseitig, und wenn, nur über die Verfassungsgerichtsbarkeit oder auf der Ebene der Europäischen Union von ihren Mobilfunkplänen abweichen. Wegen der Staaten- und Standortkonkurrenz kann nur ein geänderter Europäischer Rechtsrahmen Befürchtungen relativieren, dass jeweils einzelne EU-Mitgliedsstaaten untereinander oder gegenüber überstaatlich agierenden "Global Playern" den wirtschaftlichen Anschluss verlieren. So kann die Bundesregierung neben anderen Mitteln, bsp. auf Augenhöhe mit anderen EU-Regierungsvertretern im EU-Ministerrat eher motiviert werden, den eingeschlagenen Weg zu ändern.

Vor allen anderen sind institutionalisierte Formen der politischen Bürgerbeteiligung in der Lage, die gesamte Protestbewegung zu bündeln und auf überregionaler Ebene zu koordinieren. Wir bilden alle gemeinsam auf Augenhöhe ein Orchester mit vielen Instrumenten. Dieses Orchester kann in einer konzertierten Vorgehensweise nicht mehr überhört werden. Ihre ganze Kraft und Stärke entwickelt unser bürgerliches Engagement so im Verbund mit rechtlichen Schritten auf der Ebene der Verfassungsgerichtsbarkeit.

Rechtliche Schritte

Die Europäische Bürgerinitiative "Attention 5G" ruft deshalb Juristen auf, ein Konsortium zu bilden, das sich zum Ziel setzt, konkrete rechtliche Schritte herauszuarbeiten, um im Hinblick auf den Mobilfunk, der Unversehrtheit von Leib und Leben, der Unverletzlichkeit der Wohnung, der informationellen Selbstbestimmung, letztlich freiheitlichen Prinzipien und dem Gemeinwohl den Wert zu verschaffen, der uns grundgesetzlich zugesichert ist. Einen Anfang machen wir nach dem offiziellen Programm bei dem Internationalen Symposium in Mainz, am Sonntag, den 6. Oktober.

Kommunale Handlungsfelder

Wichtig und unabdingbar sind weiterhin Aktivitäten auf lokaler Ebene. Auf kommunaler Ebene können örtliche Bürgerinitiativen gestützt durch höchstrichterliche Rechtsprechung, Gemeinderäte auf bereits vorhandene, kommunale Handlungsfelder aufmerksam machen, die eine wirksame Steuerung bereits vor der Aufstellung von Sendeanlagen und beim Betrieb von laufenden Mobilfunkanlagen ermöglichen.

Wo stehen wir mit der EBI?

Mit einer gemeinsamen Plattform verfolgen wir als eine Europäische Bürgerinitiative "Attention 5G" die Vernetzung aller europäischen Bürgerinitiativen. Wir stellen in den nächsten Tagen mit einer Kollaborationssoftware eine Infrastruktur für eine mindestens europaweite Vernetzung der gesamten Mobilfunk-Protestbewegung zur Verfügung, in der sich jede Einzelperson oder Bürgerinitiativen nach Registrierung selbst organisieren, d. h. vollkommen autark und dezentral strukturieren und vernetzen können. Diese Software vermeidet die Bildung von Hierarchien. Mit diesem Instrument muss in einer europaweiten Protest-Landschaft nicht mehr gesucht werden, sondern Ihr werdet gefunden (passives Matching). Die gesamte Mobilfunk-Protestbewegung bekommt ein dialogfähiges Gesicht auf überregionaler und lokalen Ebenen, nach innen und außen. Die Plattform wird auf einem hochgesicherten Serversystem in Deutschland gehostet. Die einzelnen Bürgerinitiativen nehmen die Prüfung der zu registrierenden Mitglieder selbstverantwortlich vor. Damit wird die Datenqualität (Aktivisten und Inhalte) auf hohem Niveau gewährleistet, so auch Datenhoheit und Datenschutz sind ohne jegliche transatlantische Anbindungen oder Abhängigkeiten.

Zeitnah nach Einstellung dieser Plattform auf "www.attention-5G.eu" reichen wir bei der Europäischen Kommission unsere Anträge ein. Wir hoffen spätestens zum Jahresbeginn mit der im Verfahren einer Europäischen Bürgerinitiative vorgesehenen, europaweiten Unterschriftenaktion beginnen zu können, die binnen eines Jahres ein Quorum von einer Million Unterstützern erreichen muss, damit sich die EU-Kommission und das Europäische Parlament mit unseren Anträgen befasst. Damit schaffen wir alle gemeinsam die Voraussetzung für eine **gesellschaftspolitische Richtungsänderung** in der europäischen Bevölkerung und in den Parlamenten.

UNTERSTÜTZT die Europäische Bürgerinitiative "**Attention 5G-Mobilfunk ! – Aufstehen für Menschen, Flora und Fauna – Gesund bleiben !**"

Mit besten Grüßen

für die Europäische Bürgerinitiative "Attention 5G":

www.attention-5G – info@attention-5G.eu

Eduard Meßmer

Anlage:

Verlinkungen zu den Berliner Aktivitäten am vergangenen Wochenende.

Video-Links zur Demo, Kundgebung am 22.09.19 und zur öffentliche Anhörung im Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages am 23.09.2019:

Video-Aufnahme von Sonntag 22.09.19 –

<https://www.youtube.com/watch?v=CyclpdRY7uk&feature=em-lbcastemail>

Demo-Video Bericht von KenFM

<https://kenfm.de/kenfm-am-set-stopp-5g-demo/>

Pressemeldung der Bundesregierung zur Anhörung am 23.09.19

[https://www.bundestag.de/presse/hib/658978-](https://www.bundestag.de/presse/hib/658978-658978?fbclid=IwAR3dBEQxfwS6hPd9bITia_pv_PnvChRGMQArTqx7PZuzAkscQ)

[658978?fbclid=IwAR3dBEQxfwS6hPd9bITia_pv_PnvChRGMQArTqx7PZuzAkscQ](https://www.bundestag.de/presse/hib/658978-658978?fbclid=IwAR3dBEQxfwS6hPd9bITia_pv_PnvChRGMQArTqx7PZuzAkscQ)
[Sr5fkLI7w4Die](https://www.bundestag.de/presse/hib/658978-658978?fbclid=IwAR3dBEQxfwS6hPd9bITia_pv_PnvChRGMQArTqx7PZuzAkscQ)

Aufzeichnungen Anhörung im Petitionsausschuss 23.09.19

<https://www.bundestag.de/mediathek?videoid=7388937#url=L21lZGlhdGhla292ZXJsYXk/dmlkZW9pZD03Mzg4OTM3&mod=mediathek>

<https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2019/kw39-pa-petitionen-657842>

https://www.youtube.com/watch?v=Q8DH_zHpys4&feature=youtu.be

Informationen des Vereins "diagnose:funk e.V.":

www.diagnose-funk.org/publikationen...

Die nächsten Termine:

4. – 6. Oktober 2019, Internationales Öffentliches Symposium in Mainz, Kurfürstliches Schloss Mainz: Fortschritt oder fortschreitende Verantwortungslosigkeit? / Biologische Wirkungen des Mobilfunks.

Zum Veranstalter: <https://kompetenzinitiative.com/veranstaltungen/>